FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

C50937 | 185/38 | **DONNERSTAG, 23. SEPTEMBER 2010** | DEUTSCHLAND 2,00 € | WWW.FTD.DE

Brummi do Brasil
Immer mehr Lkw werden in Schwellenländern gebaut | **Beilage**

Schattenmilliardäre
Die heimlichen Geldgeber der US-Republikaner | Seite **12**

Irland unter
An der Anglo Irish Bank hängt das Schicksal einer ganzen Insel | Seite **23**

KOLUMNE: WENN POLITIKER NICHT SCHNELL LIEFERN, WENDEN WIR UNS GLEICH VON IHNEN AB, SCHREIBT INES ZÖTTL | SEITE 24

Trittin kann Kanzler werden

Grüne in Umfrage erstmals gleichauf mit Sozialdemokraten · Rekordhoch bei 24 Prozent

FTD-Grafik; Action Press/Jochen Zick

Grüner wird's nicht: Wäre bald Bundestagswahl, müsste **Jürgen Trittin** wohl als Kanzlerkandidat ran – allerdings nur aus Mangel an Alternativen

VON **MAIKE RADEMAKER** UND **THOMAS STEINMANN,** BERLIN

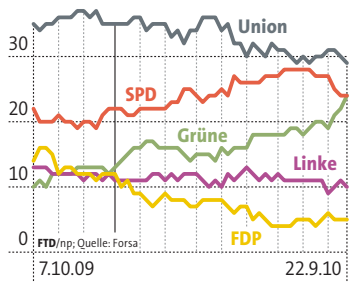
Die Grünen könnten einer neuen Umfrage zufolge in einer Bundesregierung erstmals den Kanzler stellen. Die Partei lag in einer Erhebung des Instituts Forsa für den „Stern" und RTL gleichauf mit der SPD – bei 24 Prozent. Wäre am Sonntag Bundestagswahl, käme Rot-Grün demnach auf 48 Prozent, Schwarz-Gelb dagegen auf gerade einmal 34 Prozent.

Das Umfragepatt mit der SPD ist für die Ökopartei eine Premiere. Zwar sehen andere Institute die Sozialdemokraten weiterhin mit deutlichem Vorsprung vorn. Allerdings beobachten Demoskopen schon seit einigen Monaten eine rasante Aufholjagd der Grünen. Politikwissenschaftler gehen davon aus, dass der Streit über die Verlängerung der Atomlaufzeiten der Partei zuletzt nochmals einen kräftigen Schub gegeben hat.

Kanzlerkandidat der Grünen kann derzeit eigentlich nur Fraktionschef Jürgen Trittin werden – auch aus Mangel an Alternativen. Seine Kollegin Renate Künast wird voraussichtlich für den Bürgermeisterposten in Berlin kandidieren. Parteichef Cem Özdemir gilt intern noch als zu blass, die Vorsitzende Claudia Roth als der Öffentlichkeit schwer vermittelbar. Talentierte Nachwuchspolitiker aus den Bundesländern sind bei den Grünen kaum in Sicht.

„Mit der Frage von Kanzlerschaften beschäftigen wir uns nicht", sagte Özdemir der FTD. „Es gibt drei Landtage, in denen wir nicht vertreten sind, das wollen wir nächstes Jahr ändern." Der Grünen-Chef warnte vor übertriebener Euphorie angesichts der Umfragewerte: „Stimmungen sind noch nicht Stimmen."

Eingeholt
Umfragewerte der Parteien seit der Bundestagswahl in %



Auch kurz vor der Bundestagswahl 2009 hatten die Grünen schon einmal einen Höhenflug bei den Demoskopen erlebt. Bis auf 13 Prozent schoss die Partei in den Umfragen. Bei der Wahl landete sie bei gut zehn Prozent.

Zugute kommt den Grünen die anhaltende Krise der Volksparteien. „Die Grünen profitieren auch deswegen, weil die anderen Parteien gravierende Identitäts- und Vermittlungsprobleme haben", sagte der Politologe Ulrich Sarcinelli von der Universität Koblenz-Landau. Anders als die SPD konnten sich die Grünen aus dem Streit um die unbeliebten Hartz-Reformen weitgehend heraushalten. Nach außen gaben sie zuletzt ein halbwegs geschlossenes Bild ab.

Außerdem liegen die Grünen mit ihren Kernthemen – dem Widerstand gegen die Atomenergie oder Großprojekte wie Stuttgart 21 – derzeit offensichtlich im Trend. „Aktuell sind die Grünen eine Mainstream-, eine Lebensgefühlpartei", sagte Sarcinelli. „Sie werden mehr als andere als eine Partei wahrgenommen, die noch eine große Erzählung hat, eine moderne Vorstellung der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Zukunft. Sie verbinden Ökologie und Ökonomie und befinden sich damit im Zeitgeist."

Die Stärke der Grünen stürzt die SPD in ein Dilemma. Der Wettstreit um die Wähler wird immer härter. Doch zu sehr dürfen sich die Sozialdemokraten nicht von der Partei abgrenzen. Schließlich muss die SPD Rot-Grün glaubwürdig als Koalition verkaufen können, das dem Regierungsbündnis überlegen ist. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles warnte ihre Partei gestern denn auch davor, sich „in einem Kleinkrieg mit den Grünen zu verheddern".

Ansonsten gab sich die SPD gelassen. „Umfragen sind keine Wahlergebnisse", sagte Nahles. Ein „Hype" sei um die Grünen entstanden. Intern bereiten sich die Sozialdemokraten gleichwohl auf eine noch härtere Konkurrenz um Stimmen im linken Lager vor. In Nordrhein-Westfalen etwa will die Landes-SPD gezielt Gegenstrategien entwickeln, um den Grünen Wähler in großstädtischen Milieus abzujagen.

Ex-Kommissare kassieren doppelt

Übergangsgeld für frühere EU-Politiker trotz neuer Jobs

VON **CLAUS HECKING,** STRASSBURG

Die EU-Kommission gerät wegen fragwürdiger Zahlungen an Altkommissare unter Beschuss. Nach FTD-Recherchen beziehen 17 Ex-Amtsträger noch immer Übergangsgelder von mindestens 96 000 Euro pro Jahr – obwohl viele längst Posten als Lobbyisten oder Politiker haben.

Prominenter Doppelverdiener ist etwa der frühere Binnenmarktchef Charlie McCreevy. Der Ire wechselte kurz nach seinem Abschied in den Aufsichtsrat von Ryanair – und verdient dort nach Berechnungen der Anti-Lobby-Vereinigung Alter-EU bis zu 47 000 Euro pro Jahr. Hinzu kommt ein Übergangsgehalt, das nach FTD-Berechnungen rund 11 000 Euro monatlich beträgt. Auch der frühere Fischereikommissar Joe Borg, der sich bei der Brüsseler Lobbyagentur Fipra verdingt hat, kassiert diese Summe. Borg räumte dies ein. McCreevy reagierte nicht auf wiederholte Anfragen. Er steht aber auf der Übergangsgehaltsliste der Kommission, die der FTD vorliegt.

Drei Jahre Anspruch

Für die Brüsseler Behörde ist das Thema höchst sensibel. Seit Langem beklagen Nichtregierungsorganisationen die Gefahr massiver Interessenkonflikte, wenn Kommissare direkt nach Amtsende in die Wirtschaft wechseln. Dass Ex-Kommissare auch im neuen Job noch Übergangsgeld kassieren, war bisher allerdings unbekannt.

Drei Jahre lang haben ausgeschiedene Kommissare Anspruch auf 40 bis 65 Prozent ihres Grundgehalts von mindestens 20 278 Euro pro Monat, insgesamt also wenigstens 280 000 Euro. „Dies soll früheren Kommissaren beim Übergang in den Arbeitsmarkt helfen", sagte ein Sprecher der Behörde. EU-Kritiker sind entsetzt. „Das ist eine Bankrotterklärung für das Übergangsgeldsystem", sagte der fraktionslose EU-Parlamentarier Martin Ehrenhauser. Schließlich sollten diese Zahlungen ursprünglich Amtsträgern eine Abkühlungsphase ohne Job ermöglichen, um Distanz zum alten Posten zu bekommen. Zuletzt sorgte etwa der Deutsche Günter Verheugen für Wirbel, als er sechs Monate nach seinem Abschied aus Brüssel eine Lobbyagentur gründete.

EU-Parlamentarier empört

Während sich Verheugen mit einer Pension begnügt, bessern Litauens Staatspräsidentin Dalia Grybauskaite und Italiens Außenminister Franco Frattini laut Liste ihr Salär mit dem Abschiedsgeld auf. Besonders kritisch sind Zahlungen an Danuta Hübner und Louis Michel: Sie arbeiten heute als EU-Abgeordnete und haben damit laut Statut womöglich ihren Anspruch auf Übergangsgeld verloren. Hübner ließ ausrichten, jedem Ex-Kommissar stehe das Geld zu. Der juristische Dienst der Kommission hat beide Fälle für einwandfrei befunden.

„Wenn Europa einmal schiefgeht, werden solche Dinge eine Rolle spielen", sagte die CDU-Abgeordnete Ingeborg Grässle. Sie will kommende Woche im Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments beantragen, das Gehaltsbudget für die Kommissare für 2011 einzufrieren, bis sich das Übergangsgeldsystem ändert.

Agent 0100110

Computerfachleute hegen einen abenteuerlichen Verdacht: Ein unbekannter Staat könnte das iranische Atomprogramm attackiert haben. Per Virus

NILS KREIMEIER

Es ist der Traum westlicher Geheimdienste: Das Atomprogramm des Iran wird lahmgelegt – ohne Kampfjets, Bodentruppen oder Saboteure. Experten für Computersicherheit haben nun Hinweise für die Theorie, dass genau dies zumindest im Ansatz gelungen ist.

Im Juni entdeckten Fachleute eine Schadsoftware namens Stuxnet, die gezielt entwickelt wurde, um Steuerprogramme für Industriebetriebe anzugreifen – wie sie in Chemiefabriken und Kraftwerken zum Einsatz kommt. Ziel ist nicht Spionage, sondern Zerstörung. Das Virus ist in der Lage, einen Betrieb lahmzulegen, wenn es einmal ins System eingespeist wurde. Ralph Langner, ein Hamburger IT-Unternehmer, glaubt nun zu wissen, was das eigentliche Ziel war: das iranische Kernkraftwerk Buschehr, das im August offiziell den Betrieb aufnahm. Auf seiner Website entwirft Langner eine Indizienkette: Der Iran war nach Angaben von Computerfirmen das am stärksten von Stuxnet betroffene Land. Buschehr verwendet offenkundig die Siemens-Software, die das Schadprogramm zum Ziel hat. Und der Start des Kraftwerks verläuft ausgesprochen holprig. Ähnlich argumentiert Frank Rieger vom Chaos Computer Club in der „FAZ". Er hat als Ziel die Anreicherungsanlage in Natans ausgemacht – ein passenderes Ziel als der Reaktor, der für Teherans Bombenpläne kaum eine Rolle spielt.

Langner, der seine Thesen in diesen Tagen in den USA vorstellt, bekommt Unterstützung von Kollegen. „Das ist in der Tat plausibel", sagt Charlie Miller, einer der bekanntesten Hacker der USA. „Es sieht so aus, als sei das mit infizierten USB-Sticks in Gang gesetzt worden." Die iranischen Computersysteme seien genauso angreifbar wie andere. So könnte Stuxnet über einen Mitarbeiter der russischen Firma Atomstroiexport eingeschleppt worden sein, die den Bau des Kraftwerks übernommen hat.

Schwerer tut sich die Branche bei der Antwort auf die Frage, wer hinter dem Angriff steckt. Langner folgert angesichts der Qualität der Schadsoftware, die Attacke müsse „von einem Nationalstaat" ausgegangen sein. Andere sind vorsichtiger. „Die Stuxnet-Attacke ist sehr komplex und ging eindeutig von einer Gruppe aus, die über starke technische und finanzielle Unterstützung verfügte", sagt Mikko Hyppönen, IT-Sicherheitsexperte bei F-Secure. Ein „staatlich gesponserter Angriff" sei denkbar.

Fachleute weisen seit Langem darauf hin, dass viele Staaten ihr Cyber-Know-how ausbauen – und das nicht nur zur Verteidigung. Im Mai dieses Jahres simulierten Mitarbeiter des von acht Nato-Staaten getragenen Zentrums für Cyber-Abwehr in Tallinn ein spezielles Szenario: Was passiert, wenn Hacker die Steuerungssoftware eines Energiekonzerns attackieren? Das Team der Angreifer setzte sogar ein virtuelles Kraftwerk in Brand.

US-Airlines droht EU-Flugverbot

Die EU-Kommission droht nichteuropäischen Airlines mit einem Flugverbot, sollten sie sich nicht ihrem Emissionshandel unterwerfen. Die Behörde versucht damit insbesondere die USA zur Zusammenarbeit zu zwingen. Der Handel mit Verschmutzungsrechten soll 2012 in der europäischen Luftfahrt starten. US-Fluggesellschaften hatten dagegen 2009 geklagt. Der internationale Luftfahrtverband IATA rechnet mit jährlichen Kosten von 2,4 Mrd. Euro durch den CO_2-Handel. Ein europaweites Flugverbot sei aber nur das letzte Mittel, so ein Kommissionsbeamter. **BERICHT** | Seite **9**

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE 21:30 UHR

Dax	–1,1 %	6208	Dow Jones	+0,0 %	10760	€ in $	+0,0125	1,3389
Euro Stoxx 50	–1,5 %	2753	Nasdaq	–0,6 %	2335	Nikkei	–0,4 %	9566
10J Bund	–0,104	2,349	10J US-T	–0,027	2,546	Brent Oil*	–0,44	77,98

Schlusskurse oder Stand: 21 Uhr MESZ; Veränderungen zum Vortag *$/Barrel

LEITARTIKEL: UMFRAGE

Die grüne Blase

Ihr Umfragehoch sollte den Grünen zu denken geben – auch wenn es auf den ersten Blick leicht zu erklären sein mag: Alle anderen Parteien sind bei den Wählern gerade in Misskredit. Union und FDP hadern mit ihrem Kurs und ihrer Führung, die Sozialdemokraten lecken noch immer die Wunden ihrer elfjährigen Regierungszeit, und die Linke muss sich erst einmal von Lafontaines Hinterlassenschaften erholen. Die Grünen können sich dagegen seit fünf Jahren bunte Oppositionsforderungen leisten, ohne sie in Regierungsbündnissen einlösen zu müssen. Sie sind die einzige übrig gebliebene Projektionsfläche für unerfüllte wie unerfüllbare Hoffnungen der Wähler.

Weder inhaltlich noch personell hat die Partei diesen Zulauf derzeit verdient. Sie ist zu dem zurückgekehrt, was sie zu Anfang war: ein Auffangbecken für Protest. Sie demonstriert gegen die Atomkraft, gegen einen neuen Bahnhof in Stuttgart oder gegen Stromleitungen und Windräder im Thüringer Wald – selbst wenn das dann ihren Kampagnen für mehr Ökostrom und mehr Bahnverkehr widerspricht. Zu wichtigen Debatten dagegen – seien es die Sarrazin-Thesen, die Hartz-IV-Reform oder auch die Euro-Krise – sind sie kaum zu hören. Es scheint, als wäre die Parteiführung in Deckung gegangen, aus Scheu, ein Positionsbekenntnis könnte die neuen Fans wieder vertreiben.

Das war einmal anders. Seit der Wiedervereinigung haben sich die Grünen eine Reihe neuer Themenfelder erschlossen und Standpunkte neu definiert, selbst wenn das den Abschied von alten Dogmen und Anhängern bedeutete. Als sie dann Juniorpartner in einer rot-grünen Regierung wurden, schienen sie sogar oft vernünftiger und konsequenter als die Sozialdemokraten – ohne dass es der Partei bei Wahlen geschadet hätte.

Das alles haben die Grünen aber nun wieder aufgegeben. Sie haben sich wieder auf eine reine Umweltpartei reduziert. Das mag funktionieren, solange sich die halbe Republik über die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke aufregt. Dass diese Empörung bis zur nächsten Bundestagswahl 2013 anhält, ist allerdings zweifelhaft.

Solch eine Selbstbeschränkung kann gefährlich werden. Schon einmal hat eine Partei in den Jahren ihrer Oppositionszeit all ihren Realismus und ihre programmatische Bandbreite aufgegeben und Erwartungen geschürt, die sie dann als Regierungspartei unmöglich erfüllen konnte. Inzwischen liegt die FDP in Umfragen bei fünf Prozent.

WEITERE LEITARTIKEL UND KOMMENTARE | Seite **24, 25**

NAMEN- UND FIRMEN-INDEX SEITE 2

Schweiz 4,20 sfr · Österreich 2,60 €
Belgien 2,60 € · Luxemburg 2,60 €

4 195093 702002 4 0038

Abonnentenservice **0800–0808182** Anruf kostenlos